

Bildung kann mehr!

Agenda zur Bildungsrepublik Deutschland

Hohe Abbrecherquoten, Unterfinanzierung von Kitas, Schulen und Hochschulen, starke Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft und schlechtes Abschneiden der Schülerinnen und Schüler im Umgang mit digitalen Medien in internationalen Vergleichsstudien – von der proklamierten „Bildungsrepublik“ sind wir hierzulande weit entfernt. Chancengerechtigkeit und die Möglichkeit zum gesellschaftlichen Aufstieg sind zentrale Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft. Anstatt mit Steuermilliarden vermeintliche Gerechtigkeitslücken bei der Umverteilung zu stopfen, sollte die Politik sich mit Nachdruck den bestehenden Lücken der Chancengleichheit im Bildungssystem zuwenden. Hierzu bedarf es auch neuer Instrumente der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern.

Deshalb fordert der Wirtschaftsrat:

- I. Lernen im digitalen Klassenzimmer: Digitales Lernen im Unterricht muss fester Bestandteil aller Schulfächer werden!
- II. Lernen fürs Leben: Bundesweite Einführung der Pflichtfächer Wirtschaft und Informatik spätestens ab der ersten Grundschulklasse!
- III. Transparenz und Vergleichbarkeit der Abschlüsse: Verankerung von externer Evaluierung der Schulentwicklung als Aufsichts- und Kontrollinstrument!
- IV. Hochschule 4.0: Einrichtung von 1000 zusätzlichen IT-Professuren an deutschen Hochschulen!

I. Lernen im digitalen Klassenzimmer: Digitales Lernen im Unterricht muss fester Bestandteil aller Schulfächer werden!

Aufgabe der Schulen und Berufsschulen ist es, die junge Generation auf den digitalen Wandel der Arbeitswelt vorzubereiten und den kompetenten Umgang mit digitalen Medien zu vermitteln. Die Digitalisierung verändert nicht nur unsere Wirtschaft, sondern auch die Art und Weise, wie wir heute arbeiten und in Zukunft arbeiten werden. Der kritische und kompetente Umgang mit neuen Medien sowie grundlegende IT-Kenntnisse sind Voraussetzungen für den individuellen beruflichen Erfolg.

Deshalb fordert der Wirtschaftsrat:

- Der für die kommende Legislaturperiode angekündigte Digitalpakt muss rasch umgesetzt werden! Das Bundesministerium für Bildung und Forschung bietet demnach an, über einen Zeitraum von fünf Jahren mit fünf Milliarden Euro die rund 40.000 Grundschulen, weiterführenden allgemeinbildenden Schulen und Berufsschulen in Deutschland mit digitaler Ausstattung wie Breitbandanbindung, W-LAN und Geräten zu versorgen.

Dieser Prozess darf allerdings nicht fünf Jahre lang dauern, wie der Pakt es vorsieht, denn wir haben bereits heute einen Rückstand gegenüber anderen europäischen Ländern aufzuholen. Voraussetzung hierfür ist, dass die Bundesländer ihre Verantwortung wahrnehmen und ihren eigenen Anteil an dem Programm rasch und verbindlich zusichern! Sie müssen die entsprechenden pädagogischen Konzepte, die Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern sowie gemeinsame technische Standards umzusetzen - und zwar umgehend!

- Langfristige Investitionen in die digitale Schulbildung müssen gesichert werden! Die fünf Milliarden des Bundes können lediglich ein wichtiger Anfang sein, weitere Finanzierungsrunden müssen folgen - die Technik muss neuen Entwicklungen angepasst und regelmäßig erneuert werden. 125.000 Euro pro Schule über fünf Jahre reichen hierfür nicht aus. Um dauerhaft Wirkung zu entfalten, müssen Bund und Länder Strategien entwickeln, um die Ausstattung der Schulen mit moderner IT langfristig auf eine solide finanzielle Basis zu stellen.
- Die Vermittlung digitaler Kompetenzen und didaktisch-methodischer Fähigkeiten muss zentraler Bestandteil der Lehrerausbildung sowie der Fort- und Weiterbildung werden! Denn mit der Qualifikation der Lehrerinnen und Lehrer steht und fällt der Erfolg des Digitalpakts! Hierzu bedarf es zusätzlicher Finanzmittel von Bund und Ländern.
- Ein Ende der Kreidezeit: Schülerinnen und Schüler müssen mit mobilen Endgeräten ausgestattet werden, damit sie unabhängig vom Einkommen der Eltern den Umgang mit neuen Medien erlernen können!
- Um insbesondere auch in ländlichen Regionen die Voraussetzungen für das digitale Klassenzimmer zu schaffen, müssen der Breitbandausbau und der Ausbau der Mobilfunktechnologie 5G weiter vorangetrieben werden. Cloud-Dienste und W-LAN-Anbindungen sind Grundvoraussetzung für die Anwendung digitaler Lehrformate!

- Modernes Lernen braucht ein adäquates Umfeld: Neben dem Ausbau der IT-Infrastruktur muss der Sanierungsstau an den Schulen beendet werden! Hier sind Investitionen von mindestens 30 Milliarden Euro von Nöten, denn zahlreiche Schulen befinden sich in marodem Zustand. Der Streit um die Zuständigkeiten und Kosten darf nicht länger auf dem Rücken der Schüler ausgetragen werden. Umfassende, gemeinsame Anstrengungen von Bund und Ländern sind dringend erforderlich.

II. Lernen fürs Leben: Bundesweite Einführung der Pflichtfächer Wirtschaft und Informatik spätestens ab der ersten Grundschulklasse!

Wenn es eine zentrale Zielsetzung der allgemeinbildenden Schulen ist, Kinder und Jugendliche auf das Leben vorzubereiten, dann gehören die Vermittlung von IT-Kenntnissen und das Wissen über die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft auf den Stundenplan. Die Vermittlung wirtschaftlicher Zusammenhänge und ein qualifizierter Informatikunterricht sind in Deutschland keine Selbstverständlichkeit, zudem sind sie hochgradig abhängig von Bundesland und Schulform.

Deshalb fordert der Wirtschaftsrat:

- Einführung der Schulfächer Wirtschaft und Informatik in allen Schulformen spätestens ab der ersten Grundschulklasse! Nur wenn Bildung auch wirtschaftliches Wissen umfasst, kann sie nachhaltig das Verständnis für das Alltagsleben in unserem Land fördern. Darüber hinaus sind IT-Kenntnisse Grundvoraussetzung für die Arbeitswelt 4.0.
- Die Stärkung der MINT-Fächer. Im April 2016 waren in den MINT-Berufen mehr als 380.000 Stellen zu besetzen. Um den Bedarf zu decken, sollten MINT-Kompetenzen schon in der Schule gefördert werden.
- Englisch von Anfang an: In der globalen, digitalisierten Welt kommt der englischen Sprache eine noch größere Bedeutung zu. Der Englischunterricht sollte deshalb ebenfalls spätestens in der ersten Grundschulklasse beginnen!
- Eine Unterrichts-Garantie in Deutschland: Schätzungen gehen davon aus, dass hierzulande pro Woche knapp eine Million Unterrichtsstunden entfallen. Grundvoraussetzung für eine gute (Aus-)Bildung ist, dass der Unterricht auch tatsächlich stattfindet.

III. Transparenz und Vergleichbarkeit der Abschlüsse: Verankerung von externer Evaluierung der Schulentwicklung als Aufsichts- und Kontrollinstrument!

Im Bildungswettbewerb konkurrieren nicht Berlin und Brandenburg, sondern Deutschland mit Asien und den USA. Die Möglichkeit der Bundesländer, unterschiedliche bildungspolitische Ansätze zu erproben, ist der entscheidende Vorteil des Föderalismus. Damit dieser Mechanismus die erwünschten positiven Effekte generiert, sind jedoch einheitliche Bildungsziele und vor allem auch eine vergleichbare Messung der Zielerreichung unabdingbare Voraussetzung.

Deshalb fordert der Wirtschaftsrat:

- Die externe Evaluierung der Schulentwicklung als Aufsichts- und Kontrollinstrument verankern. Die bedarfs- und nutzenorientierte Qualitätsentwicklung lebt von gemeinsam vereinbarten Zielen und deren Überprüfung. Die externe Evaluation ermöglicht eine objektive Außensicht auf Basis vergleichbarer Qualitätskriterien.
- Stärkere Anstrengungen der Länder, etwa im Rahmen der Kultusministerkonferenz(KMK), um die Vergleichbarkeit der Bildungsstandards voranbringen. Wie sie die vereinbarten Lernziele erreichen und ob sie das G8- oder G9-Modell nutzen, sollten die Schulen vor Ort entscheiden können.
- Verstärkt auf Eingangsprüfungen bei anerkannten Asylbewerben setzen! Viele Asylbewerber sind nicht in der Lage, formale (Aus-) Bildungsnachweise zu erbringen. Deshalb sollten geeignete Eingangsprüfungen genutzt werden, um den Betroffenen ihrer Qualifikation und ihrem Potential entsprechende Eintrittschancen in den Arbeitsmarkt bzw. das Bildungssystem in Deutschland zu eröffnen.

IV. Hochschule 4.0: Einrichtung von 1000 zusätzlichen IT-Professuren an deutschen Hochschulen!

Um im internationalen Wettbewerb um die klügsten Köpfe zu bestehen, müssen die 426 Hochschulen in Deutschland den Herausforderungen der Digitalisierung entschlossen begegnen und Chancen, die in dieser Entwicklung liegen, effektiv nutzen.

Deshalb fordert der Wirtschaftsrat:

- Die Berufung von 1000 zusätzlichen IT-Professoren, um Deutschland als Zentrum der Spitzenforschung im Bereich der Digitalisierung zu etablieren! Um zu den Top-Standorten der Welt im Bereich der Digitalisierung aufschließen zu können, ist ein gezielter und ambitionierter Ausbau der Lehr- und Forschungskapazitäten an den deutschen Hochschulen extrem wichtig. Pilotprojekte, wie das Berliner Einstein-Zentrum für digitale Zukunft, müssen in ganz Deutschland umgesetzt werden.
Hierzu bedarf es eines Digitalpakts für die Hochschulen – eines gemeinsamen Investitionsprogramms des Bundes und der Länder.
- Autonomie und Wettbewerb statt bürokratischer Kontrolle! Die Autonomie der Hochschulen ist die Basis für unabhängige Forschung und akademische Lehre. Die Politik sollte daher auf kleinteilige Zielsetzungen und überbordende Berichtspflichten verzichten. Die Hochschulen und Universitäten sollen ihre Leistungskraft in Selbstbestimmung und im Wettbewerb untereinander entfalten - und hierin von der Politik gefördert, und nicht behindert, werden.
- Exzellenz durch Kontinuität fördern und auf langfristige Investitionen des Bundes im Bereich der Spitzenforschung setzen! Der ständige Wettbewerb der Universitäten und Hochschulen um Fördermittel des Bundes und der Länder bindet Ressourcen und führt zur Verschwendung von Steuergeldern. Die Änderung des Artikels 91 b des Grundgesetzes sollte noch stärker genutzt werden, um Spitzenforschung kontinuierlich zu fördern, und somit Planungssicherheit für Hochschulen und Universitäten zu schaffen.
- Den Gründergeist insbesondere auch an Universitäten befördern und die Entwicklung eines funktionierenden Ökosystems für Start-ups durch eine bessere Vernetzung und Kooperationsmöglichkeiten mit Universitäten und Unternehmen vorantreiben. Hierzu gehört auch der Ausbau von staatlichen Förderprogrammen (etwa nach Vorbild des EXIST-Gründerstipendiums).
- Den freien und offenen Zugang („Open Access“) zu wissenschaftlichen Publikationen und Forschungsergebnissen ausbauen, da ein möglichst ungehinderter Wissensfluss exzellente wissenschaftliche Forschung vorantreibt und den Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Gesellschaft fördert.